

Pressekonferenz von Pierre Moscovici über die Reform der europäischen Institutionen (Paris, 13. November 2000)

Legende: Am 13. November 2000 berichtet Pierre Moscovici, französischer delegierter Minister für europäische Angelegenheiten, über den Fortschritt der Verhandlungen über die Reform der europäischen Institutionen und beantwortet die Fragen der Journalisten über die deutsch-französische Zusammenarbeit.

Quelle: Conférence de presse du ministère délégué chargé des Affaires européennes, M. Pierre Moscovici, au Centre d'accueil de la presse étrangère (Paris, 13 novembre 2000). [EN LIGNE]. [Paris]: Ministère des Affaires étrangères de la République française, [14.06.2005]. Disponible sur <http://www.doc.diplomatie.gouv.fr/BASIS/epic/www/doc/DDW?M=1&K=945471496&W=DATE+%3D+%2713.11.2000%27+AND+TEXTE+PH+IS+%27vittel%27+ORDER+BY+DATE/Descend>.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU
Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/pressekonferenz_von_pierre_moscovici_uber_die_reform_der_europaischen_institutionen_paris_13_november_2000-de-719a649c-cb2e-4583-8be6-do800cb45dd5.html



Publication date: 05/07/2016

Pressekonferenz des delegierten Ministers für europäische Angelegenheiten, Pierre Moscovici, im Centre d'accueil de la presse étrangère (Paris, 13. November 2000)

Zunächst möchte ich Ihnen danken, dass Sie wieder zu diesem Treffen erschienen sind, das mir besonders am Herzen liegt, denn es bietet Gelegenheit, regelmäßig über den Fortgang unseres Vorsitzes zu berichten, der soeben in einer entscheidenden Phase eintritt.

1. Wenn Sie gestatten, beginne ich mit einem Bericht über die Regierungskonferenz zur Reform der Institutionen. Bei unserem letzten Treffen am 23. Oktober hatte ich über die Arbeiten des informellen Europäischen Rates von Biarritz berichtet. Wie ich Ihnen gesagt hatte, fand dieser Rat, der die erste Gelegenheit für die Staats- und Regierungschefs seit Amsterdam war, inhaltlich über institutionelle Fragen zu sprechen, genau zum richtigen Zeitpunkt statt, um den Arbeiten einen politischen Impuls zu geben.

Um den Anstoß dieses Treffens auszunutzen, habe ich in den Tagen nach Biarritz auf Bitten des Präsidenten und des Premierministers mehrere europäische Hauptstädte besucht, ich war nach Belgien, Luxemburg, Finnland, Dänemark, Portugal und habe meinen griechischen Amtskollegen getroffen, bald werde ich meinen niederländischen Kollegen sehen; damit sollen die Forderungen unserer Partner besser berücksichtigt werden und wir wollen langsam die Elemente sammeln, mit denen wir den Schlusskompromiss umreißen können.

Entgegen dem, was einige sagen oder schreiben mögen, hat der französische Ratsvorsitz in keinsten Weise die Absicht, seine Meinung durchzusetzen, sondern er will seine Arbeit so gut wie möglich machen. Das bedeutet, dass ein Land wie das unsere seine Auffassungen haben kann, ehrgeizige Ziele haben muss, aber gleichzeitig besteht die Arbeit des Vorsitzes darin, Kompromisse zu finden und nicht, sich in der einen oder anderen Frage mit Gewalt durchzusetzen.

Die Verhandlungen sind schwierig, denn es steht viel auf dem Spiel. Ich erinnere daran, dass die vorherige RK an denselben Fragen gescheitert ist, aber dass dieses Scheitern keinesfalls die Schuld des niederländischen Vorsitzes war, der eine bemerkenswerte Arbeit geleistet hatte, dem aber nur festzustellen blieb, dass am Schluss kein Konsens erzielt worden war. Die Gründe für diesen Misserfolg liegen in der Komplexität der Fragen.

Zweifelsohne aufgrund der bevorstehenden Erweiterung sind sich alle Mitgliedstaaten der Herausforderungen und der Notwendigkeit, in Nizza ein substanzielles Ergebnis zu erzielen, voll bewusst. Meine Einschätzung der Situation ist die, dass alle gewillt sind, zum Ziel zu gelangen – ich habe das „den Geist von Biarritz“ genannt –, und ich denke dass alle bereit sind, ihren Beitrag zur Suche nach einem Kompromiss zu leisten, wenn erst einmal bestimmte Missverständnisse oder Unklarheiten aus dem Weg geräumt sind. Bei der Ausarbeitung dieses Kompromisses werde ich den deutsch-französischen Gipfel von Vittel keinesfalls außer Acht lassen, in dessen Verlauf wir natürlich lange über die RK gesprochen haben.

Dies einmal vorausgeschickt, wissen wir, dass wir, ohne irgendjemanden zwingen zu wollen, an einem gewissen Punkt Optionen vorschlagen und Impulse geben müssen. Ich denke dabei insbesondere an das Ministerkonklave am 19. November. Und das ist es auch, was ich in den letzten beiden Wochen gemacht habe.

Bei der heiklen Frage der Größe der Kommission sehen wir natürlich, dass zahlreiche Mitgliedstaaten sich nicht in der Lage sehen, in Nizza auf „ihren“ Kommissar zu verzichten. Sie gestehen aber auch ein, dass die effiziente Arbeit der Kommission durch eine Vergrößerung des Kollegiums in Gefahr geraten könnte. Ich habe heute den Eindruck, dass es eine Tendenz zu einer Zwischenlösung gibt: eine schrittweise Reform, in deren Rahmen die Zahl der Kommissare nach Vollendung der Erweiterung der Europäischen Union beschränkt wird. Diese Lösung muss noch genauer umrissen werden. Wir arbeiten daran. Sie werden jedoch verstehen, dass ich die verschiedenen Optionen, die noch nicht einmal von den Fünfzehn geprüft worden sind, nicht genau darlege. Ich sage nur so viel, dass es hier möglicherweise einen Weg gibt, um den Gegensatz zweier Lösungen zu überwinden, von denen die eine in einer sofortigen Lösung besteht und die andere in einer Kommission, die niemals geregelt wird. Ich füge hinzu, dass meiner Ansicht nach derzeit ein

allgemeiner Konsens besteht, nicht über die Hierarchisierung der Kommission, die an die Idee eines Kommissars ohne Stimmrecht erinnert, die niemandem gefällt, sondern über die interne Neuorganisation der Kommission, die vor allem in der Stärkung der Befugnisse des Präsidenten und einer höheren Zahl von Vizepräsidenten besteht.

In der Frage der Stimmengewichtung im Rat, die ebenfalls sehr delikate ist und nur in engem Zusammenhang mit der Frage der Kommission geregelt werden kann, werden wir mit der Prüfung zweier Optionen fortfahren, die auf dem Tisch liegen: doppelte Mehrheit oder einfache Neugewichtung aufgrund von bezifferten Vorschlägen.

Persönlich bin ich der Ansicht, dass die Länder, die für eine doppelte Mehrheit sind und gleichzeitig ihren Kommissar behalten wollen, für Formeln der einfachen Neugewichtung der Stimmen zu gewinnen wären, wenn sie ihren Kommissar für eine gewisse Zeit behalten würden. Die – schwache – Mehrheit, die sich für die einfache Neugewichtung herausbildet, könnte noch größer werden, man weiß ja nie.

Im Hinblick auf die Ausweitung der Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit, die meiner Meinung nach die wichtigste Frage ist, sind unsere Partner sich der Notwendigkeit bewusst, Anstrengungen bei den sensibelsten Punkten zu machen, die gleichzeitig die wichtigsten sind. Sie billigen demnach die vom Vorsitz gewählte Methode, die darin besteht, jeden betroffenen Artikel gründlich zu behandeln, um insgesamt ein möglichst substanzielles Ergebnis zu erzielen. Ich werde hier nicht ins Detail gehen, wir können noch darauf zurückkommen, wenn Sie es wünschen.

Was die verstärkte Zusammenarbeit angeht, die ein notwendiges Instrumente für ein funktionsfähiges erweitertes Europa sind, wie wir ja schon in Biarritz festgestellt hatten, sollte eine umfassende Vereinbarung über effektive Maßnahmen zur flexibleren Gestaltung dieses für die Funktionsweise eines erweiterten Europas notwendigen Instruments möglich sein. Es bleiben jedoch noch offene Fragen hinsichtlich der Modalitäten der praktischen Umsetzung verstärkter Zusammenarbeiten im Bereich der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Wir müssen unsere Arbeiten also fortführen.

Ein letztes Wort zum Artikel 7 des EU-Vertrags: Ich denke, dass ein Konsens in Nizza möglich sein sollte über die Einrichtung eines Verfahrens zur präventiven Überwachung im Falle einer möglichen Menschenrechtsverletzung in einem Mitgliedstaat.

Das ist derzeit der Stand der Dinge. Sie sehen, dass wir seit Biarritz keine Zeit verloren haben – auch auf dem deutsch-französischen Gipfel am letzten Freitag –, und ich glaube, dass das nächste Ministertreffen als Konklave am Sonntag, den 19. November, ebenfalls ergebnisreich sein wird. Danach bleibt noch ein weiteres Treffen am 3. Dezember.

Insgesamt bin ich entschieden optimistisch und recht zuversichtlich, dass wir in Nizza eine substanzielle Vereinbarung über die Reform der Institutionen werden erzielen können. Die Verhandlungen bleiben weiterhin heikel, Lösungen müssen noch formalisiert werden, Anstrengungen müssen unternommen werden, um zu einem Kompromiss zu gelangen, aber wir arbeiten weiter in diese Richtung. Seit Biarritz gab es keine neuen Stolpersteine.

[...]

Aber ich werde nicht weiter ins Detail gehen, sondern stehe Ihnen jetzt für Ihre Fragen zur Verfügung.

F – Haben Sie auf dem deutsch-französischen Gipfel in einigen Punkten Fortschritte gemacht, und wenn ja, in welchen?

A – Wir haben uns intensiv ausgetauscht. Ich denke, dass die verschiedenen Themen der RK kein Problem zwischen Frankreich und Deutschland darstellen werden. Wir haben somit eine Haltung bekräftigt, die wir gemeinsam zu Beginn des Sommers in Rambouillet verabschiedet hatten. In der RK hat Deutschland seine Absicht sehr deutlich unterstrichen, die Arbeit des französischen Vorsitzes zu unterstützen, und das ist für

uns sehr wichtig.

F – Deutschland hat durchblicken lassen, dass es sich eine zweite RK für 2004 wünscht, um die Aufgabenverteilung zwischen den „Bundesstaaten“, dem „Bund“ und den Regionen genauer zu definieren. Wie sieht die Position Frankreich dazu aus?

A – Sie unterstreichen ganz zu Recht, dass man auch über die Zeit nach Nizza nachdenken muss, in der sich mehrere Arten von Fragen stellen können: der Rechtsstatus der Charta, diese Frage der Kompetenzverteilung, die Frage nach einer Neubearbeitung der Verträge, die damit verbunden ist, und möglicherweise die Frage eines Verfassungsprozesses. Das alles ist Teil des „Pakets“. Wir haben das deutsche Anliegen zur Kenntnis genommen, das wir bereits kannten. Es wird zweifelsohne in der allgemeinen Vereinbarung zu finden sein, aber zunächst braucht es eine Einigung über das Ganze.

F – Sie haben in den letzten Wochen mehrere europäische Hauptstädte besucht, darunter auch Lissabon. Ich würde zunächst gerne wissen, wie es mit den Beziehungen zu Portugal steht. Zweitens: Können Sie eine kurze Bilanz dieser Besuche ziehen? Haben Sie die Regierungen von der Stichhaltigkeit der Reformen überzeugen können, die Frankreich in Nizza zu einem Abschluss bringen will?

A – Ich bin nicht in der richtigen Position, um auf diese Frage zu antworten, denn ich kenne nur meinen eigenen Standpunkt, auch wenn ich die Berichte der portugiesischen Presse nach diesem Besuch gelesen habe. Ich kann Ihnen nur sagen, dass ich mich mehr als eine Stunde lang unter vier Augen mit dem Premierminister Antonio Guterres unterhalten habe und dass das Gespräch sehr freundschaftlich und substanziell war. Vielleicht ist es ein Zeichen, dass wir gut miteinander reden können. Ich habe indirekt zusammengefasst, was ich über diese Besuche in den Hauptstädten denke. Ich glaube, dass es in der Tat darum ging, eine Reihe von Missverständnissen zu klären. Es gab vielleicht den etwas übertriebenen Eindruck, dass Frankreich einen parteiischen Vorsitz führt, dass es einen Standpunkt aufzwingen will oder dass es eine Kluft zwischen den großen und den kleinen Ländern gibt. Ich habe mich bemüht, darüber zu sprechen. Frankreich ist nicht parteiisch. Als Vorsitz berücksichtigt es natürlich die Probleme aller seiner Partner. Es gibt keine Kluft zwischen den großen und den kleinen Staaten. In dieser Hinsicht benachteiligt der umstrittenste Vorschlag, nämlich die Zahl der Kommissare zu beschränken und ein gleichberechtigtes Rotationssystem einzuführen, eigentlich eher die „Großen“ als die „Kleinen“. In Frankreich beispielsweise sind wir bereit, nicht nur ständig auf einen Kommissar zu verzichten, sondern eventuell zeitweise auch auf zwei. Ich glaube, dass die Kritik hier besonders ungerechtfertigt war. Es ist wahr, dass es Länder gibt, die unterschiedliche Vorstellungen von Europa haben, mit einer mehr oder weniger hohen Einwohnerzahl, aber es gibt keine Länder mit ungleichen Rechten. Wir wollen die Rechte eines jeden achten. Das hat eher etwas mit dem psychologisch-politischen Umfeld zu tun, aber ich weiß, wie wichtig auch das ist.

Was den Rest angeht, müssen wir verschiedene Fragen behandeln: Was beispielsweise die Kommission angeht, habe ich Ihnen geantwortet, dass wir uns sehr wohl bewusst waren, dass einige Staaten oder Regierungschefs nur schwer in ihre Hauptstadt zurückkehren konnten und sagen: „Der Gipfel von Nizza ist vorbei, unser Land hat keinen Kommissar mehr“ – das ist der Fall bei Portugal. Deshalb zeichnet sich vielleicht eine dritte Lösung ab, die in der schrittweisen Beschränkung der Zahl der Kommissare besteht. Diese schrittweise Reform ist, das möchte ich wiederholen, noch nicht schriftlich festgehalten worden. Wir werden darüber sprechen, aber dabei handelt es sich um eine Idee, die sich aus mehreren meiner Kontakte zu entwickeln scheint. Was das andere schwierige Thema betrifft, das sich in Biarritz herausgebildet hat – die doppelte Mehrheit und die Gewichtung –, hatte ich den Eindruck, dass die meisten meiner Gesprächspartner bereit waren, entweder in die eine oder in die andere Richtung zu tendieren. Dadurch gab es kein Hindernis mehr, in Richtung einer einfachen Neugewichtung der Stimmen vorzudringen. Wir werden Tests machen. Das ist in groben Zügen unsere Vorgehensweise. Natürlich gibt es Details, vor allem was die Anliegen eines jeden im Hinblick auf die Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit angeht. Die Arbeit zu diesen Themen wird fortgesetzt. Ich schätze die Lage eher positiv ein. Nach dem, was ich in der Presse der verschiedenen Hauptstädte lesen konnte, war diese Erläuterung durchaus nützlich. Jedenfalls wird sie für den Vorsitz sehr nützlich gewesen sein.

F – Der Bundeskanzler sagte in Vittel, dass der Übergang zur qualifizierten Mehrheit über den Erfolg oder

das Scheitern von Nizza bestimmen werde. Könnten Sie uns genauer sagen, in welchen Punkten das deutsch-französische Tandem Fortschritte erzielt hat?

A – Was das deutsch-französische Tandem angeht – der Premierminister und der Finanzminister haben beide nach dem Gipfel Bericht erstattet –, haben wir Fortschritte bei unserer Vorstellung von der Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit im Steuerwesen gemacht. Meiner Ansicht nach blieben nach Biarritz noch vier große Bereiche: Steuer- und Sozialwesen, Außenhandelspolitik, Visa-, Asyl- und Einwanderungsfragen; ich kann Ihnen versichern, dass wir versuchen, in allen Punkten voranzukommen. Mit Deutschland haben wir insbesondere über das Steuerwesen gesprochen. Wir vertreten in diesem Punkt außerordentlich ähnlich Standpunkte. Die Wirtschafts- und Finanzminister werden hier gemeinsame Themen vertreten. Es geht voran, es braucht viel Detailarbeit.

F – Betreffend die Neugewichtung der Stimmen, hatten Sie da in Vittel den Eindruck, dass Deutschland bereit wäre, auf seine Forderung nach einer doppelten Mehrheit zu verzichten?

A – Die deutsche Haltung ist offen, dabei beziehe ich mich auf das, was wir uns in Rambouillet gesagt hatten. Deutschland ist aber der Ansicht, dass die doppelte Mehrheit immer noch zur Diskussion steht. Der Vorsitz wird in den nächsten Tagen alle Lösungen ausloten.

A – Sie sollen bei Ihrem Besuch in Finnland vorgeschlagen haben, dass es eines Mediators zwischen den so genannten „großen“ und „kleinen“ Ländern bedarf. Was sagen Sie dazu?

A – Das ist nicht ganz richtig. Ich habe das in den Zusammenfassungen der finnischen Presseberichte gelesen, und ich weiß, dass das einige meiner schwedischen Freunde geärgert hat, die den nächsten Vorsitz übernehmen. Wir werden keinen Mediator bestimmen, wir sind die Vorsitzenden, und wir haben die Aufgabe zu vermitteln. Danach ist es der folgende Vorsitzende. Ich habe gesagt, dass es uns sinnlos erscheint, die „Großen“ gegen die „Kleinen“ auszuspielen, und das wir offen dafür sind, dass Vorschläge von Ländern kommen, die eben zu den Kleinen gezählt werden. Ich habe den Herren Lipponen, Rasmussen, Verhofstadt, Juncker und Guterres gesagt, dass alle Vorschläge, die aus diesen Ländern kommen, willkommen seien und zur Herstellung eines Kompromisses beitragen könnten. Ich habe das vor allem gewissen Personen wie Paavo Lipponen gesagt, der soeben erst den Vorsitz geführt hat, der eine sehr gute Arbeit geleistet hat und dessen Stimme gehört wird. In jedem Land der Union gibt es meiner Ansicht nach diese Fantasie von den Kleinen gegen die Großen, weil wir Nationen sind, die der Reihe nach den Vorsitz der EU übernehmen, die alle eine wichtige Geschichte haben, und jeder kann etwas zur Europäischen Union beitragen.

Was ich sagen wollte, ist, dass die französische Präsidentschaft keine imperialistische Präsidentschaft sein wird, sondern zuhören, sich merken und die möglichen Vorschläge anderer berücksichtigen wollte. Das ist es, was ich dem finnischen Premierminister mitgeteilt habe. Wir haben nicht einen Teil unseres Vorsitzes delegiert. Vermittlungen, Kompromisse – wir müssen sie zustande bringen. Die Ideen muss jeder dazu beitragen, egal ob Finnen, Belgier, Portugiesen etc. Ich könnte noch mehr Beispiele bringen, wie beispielsweise die schrittweise Beschränkung der Zahl der Kommissare, eine Idee, die aus gewissen Beneluxstaaten kommt. Der Vorsitz hat die Aufgabe, sich diese Vorschläge in gewisser Weise zu Eigen zu machen. Er wird dem nachfolgenden, schwedischen Vorsitz ein Dossier überlassen, das sich hoffentlich – wir arbeiten daran – in einem guten Zustand befinden wird, das heißt, dass alle Fragen geklärt sind.

F – Die Mechanismen der Mehrheitsabstimmung und andere einmal beiseite gelassen – wenn ich richtig verstanden habe, besteht die französische Position darin, ungefähr zwanzig Gebiete oder Themen zu definieren, die der Mehrheitsabstimmung unterliegen würden. Das ist die in Biarritz getroffene Vereinbarung. Können Sie uns sagen, welche Gebiete und Themen Frankreich der Mehrheitsabstimmung unterziehen möchte und ob bereits eine Einigung besteht, insbesondere im Hinblick auf den internationalen Handel? Könnten Sie uns ebenfalls mitteilen, ob Sie den Eindruck haben, dass der Ministerrat seine Entscheidung, aufgrund der Geschichte der „foreign sales corporation“, Vergeltungsmaßnahmen gegen die Vereinigten Staaten zu verhängen, auch umsetzen wird? Dabei handelt es sich um eine Steuergeschichte, für die Europa vier Milliarden Dollar Strafzahlungen für amerikanische Einfuhren fordern, was natürlich von

der scheidenden Regierung in Washington nicht gern gesehen wird und als eine Gefahr für die transatlantischen Beziehungen betrachtet wird.

A – Bei der Mehrheitsabstimmung liegen fünfundvierzig Fragen auf dem Tisch. Eine Einigung wurde bereits für ca. zwanzig erzielt. In fünfzehn können wir jetzt meiner Ansicht nach leicht zu einer Einigung gelangen. Und dann gibt es noch fünf bis zehn Fragen, bei denen es noch keine Einigung gibt und an denen wir arbeiten. Einige der Themen sind sehr heikel. Ich habe soeben vier aufgezählt, welche die wichtigsten sind. Innerhalb dieser vier Themenbereiche bleibt die Außenhandelspolitik, zu der vor allem wir, die französische Delegation, noch Fragen haben. Wir denken nämlich, dass es für Europa sehr wichtig ist, einen Mechanismus zu behalten, der den Schutz seiner kulturellen Identität ermöglicht – ich sage ausdrücklich Identität, nicht Ausnahme. Für uns ist es wichtig, dass wir Garantien auf diesem Gebiet bekommen. Wir sind dabei, Kompromisse zu prüfen, die in diese Richtung gehen würden. Bei dem zweiten Themen gibt es meines Wissens nach bis heute keinen Beschluss. Die amerikanische Situation ist jedenfalls im Moment nicht ganz einfach.

F – Was verstehen Sie heute unter einem substanziellen Ergebnis? Man hat den Eindruck, dass man sich in der Kommission auf ein „Left-over“ zubewegt, der dann 2004 geregelt werden würde.

A – Keineswegs. So ist das nicht. Ich möchte das genau erklären. Beispielsweise eine Reform, die die schrittweise Begrenzung der Zahl Kommissare festlegt: Bis 2004 behalten wir die aktuelle Kommission, später muss eine Zahl X über 20 festgelegt werden, die mit der Erweiterung erhöht wird, und danach muss die Zahl wieder sinken. Dieser Mechanismus muss in den Vertrag eingeschlossen werden. Wir wollen keine einfache politische Erklärung oder ein weiteres Protokoll. Das wäre völlig uninteressant. Die Frage muss geregelt werden. Sie kann schrittweise geregelt werden, mit der Zeit – das ist eine Möglichkeit. Aber wir können unter keinen Umständen in Nizza ein weiteres Left-over haben. Das würde bedeuten, dass wir unser Ziel nicht erreicht haben. Alles in allem glaube ich, dass die vorherige Situation beendet werden muss, die in keinster Weise zufrieden stellend ist. Das würde die Frage nach der politischen Bewertung der Ergebnisse von Nizza stellen: Wäre man der Ansicht, dass das ausreicht oder nicht? Es ist also absolut notwendig, dass der neue Mechanismus – egal, wie er aussieht – Eingang in den Vertrag findet. Das ist absolut grundlegend. Wir ändern die Verträge, wir schichten nicht einfach den Staub der Vergangenheit um.

[...]